



Argumente 08/04

**Wirtschafts- und
Finanzpolitik**

Gemeindefinanzen stärken

Wirtschaftspolitik ver.di



ver.di



Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

www.wipo.verdi.de

Gemeinden lebenswert gestalten

Städte und Gemeinden sind unsere Lebensumwelt. Hier ist der Ort, wo viele sich engagieren und wohlfühlen wollen – ein Stück Heimat. Sie ist bedroht.

Kinderspielplätze werden nicht mehr gewartet, Sportplätze nicht mehr gepflegt, Musikschulangebote ausgedünnt. Freizeit-, Bildungs- und Kultur- sowie soziale Einrichtungen werden verteuert. Oder sie fallen dem Rotstift ganz zum Opfer. Dringend notwendige Instandhaltung von Gebäuden oder bei der Kanalisation unterbleiben.

-  Vernachlässigung von Städten und Gemeinden ist
-  Vernachlässigung von Bürgerinnen und Bürgern.

Es gibt immer weniger Schulen, die ohne Eigenleistungen der Eltern bei Reparatur- und Malerarbeiten auskommen. Dabei zah-

len diese Eltern schon Steuern. Im Gegensatz zu vielen Aktiengesellschaften und GmbHs, die es mit raffinierten Tricks schaffen, die Steuerzahlungen zu drücken, manchmal sogar unter Null.

Fehlende Einnahmen

Schon das dritte Jahr sind die Steuereinnahmen der Gemeinden rückläufig. Die kommunale Finanzkrise spitzt sich weiter zu. Das Loch in der Kasse betrug im Jahr 2003 fast 10 Milliarden Euro. Auch 2004 rechnen die Kommunen mit Milliardendefiziten.

Kommunalpolitiker warnen vor der Illusion, dass man mit immer weniger Steuern immer mehr und immer bessere Leistungen finanzieren kann. Niemand zahlt gerne Steuern. Aber: Was nutzen ein paar Euro weniger Steuern? Wichtiger ist, dass die Kinder in gut ausgestattete Schulen gehen, es genügend Lehrer gibt und eine Polizei, die für die notwendige Sicherheit

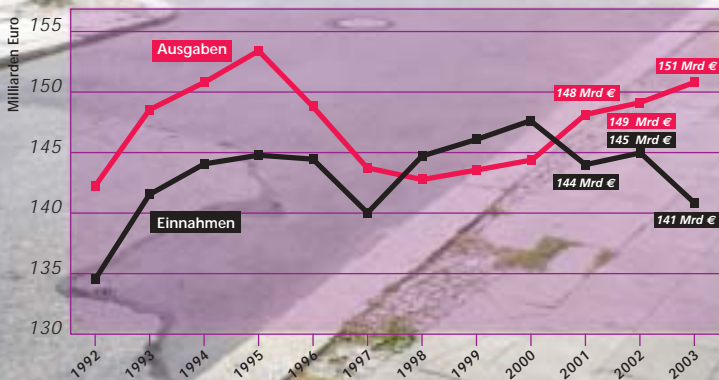
sorgt. Auch die Stoßdämpfer freuen sich, wenn die Räder nicht ständig über Schlaglöcher holpern.

Stabil und solidarisch

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus allen Parteien fordern eine Gemeindefinanzreform, die diesen Namen wirklich verdient. Denn sie erleben tagtäglich, dass ihre Sparanstrengungen vergeblich bleiben, wenn die Einnahmen immer weiter wegbrechen.

Parteiübergreifend üben Städte und Gemeinden scharfe Kritik an der Politik von Bundesregierung und Opposition. Mit öffentlichen Aktionen und im Bündnis mit Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und dem Sportbund machen sie darauf aufmerksam, dass ihnen das Wasser bis zum Hals steht. Viele Beschäftigte haben sich bereits an den Aktionen beteiligt und Reformen statt Kahlschlag gefordert.

Kommunalfinanzen in der Krise



Nur kurze Zeit konnten die Gemeinden insgesamt einen kleinen Überschuss in ihren Haushalten erwirtschaften. Seit drei Jahren müssen sie wieder Defizite verkraften – 2003 so groß wie nie zuvor.



Kommunen brauchen stabile Steuereinnahmen, die solidarisch finanziert werden müssen. Doch Unternehmen, Reiche und vor allem Superreiche haben sich immer weiter aus der Finanzierung des Gemeinwesens zurückgezogen. Sie müssen wieder mehr beitragen!

Die Gemeinden brauchen 10 Milliarden Euro, damit sie nicht weiter abrutschen. Weitere 10 Milliarden Euro sind notwendig, damit wieder mehr für die Infrastruktur und soziale Dienstleistungen ausgegeben werden kann.

Die Gewerbesteuer muss gestärkt werden, damit die Gemeinden stetigere Einnahmen haben. Die Wiedererhebung der Vermögenssteuer und eine verbesserte Erbschaftsteuer ermöglicht den Ländern, die Finanzausstattung ihrer Kommunen aufzustocken.

- Die Vermögenssteuer und die Reform der Erbschaftsteuer
- ermöglicht Mehreinnahmen von 20 Milliarden Euro jährlich.

Fauler Kompromiss

Die Reform der Gemeindefinanzen ist im Dezember 2003 am Widerstand von CDU/CSU/FDP gescheitert. Als „Trostpflaster“ erhalten die Gemeinden 2,5 Milliarden Euro vom Bund und von den Ländern. Das ist viel zu wenig. Und eine dauerhafte Lösung ist es auch nicht.

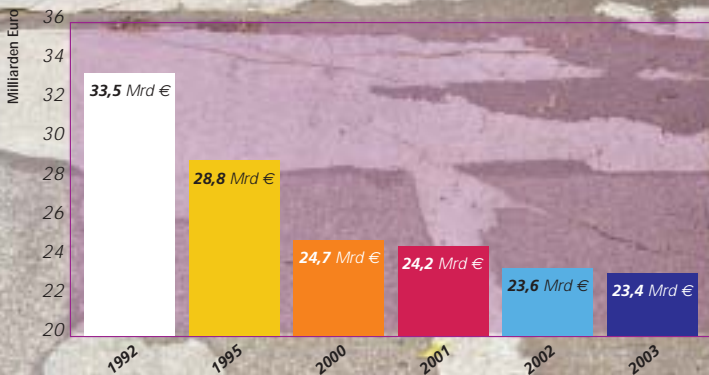
Erwerbsfähige Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger erhalten ihre Unterstüt-

zung zukünftig vom Arbeitsamt mit dem neuen Namen: Bundesagentur für Arbeit. Dafür sollen die Kommunen die Ausgaben für Wohngeld übernehmen. Die finanziellen Auswirkungen sind für die Kommunen noch völlig ungewiss.

Spaltungen vertiefen sich

Die Wirtschaft will die Gewerbesteuer am liebsten ganz abschaffen. Klar, die zahlt sie auch alleine.

Kein Geld mehr für Investitionen



Die schlechte Finanzausstattung ist in vielen Gemeinden schon auf den ersten Blick sichtbar: Schlaglöcher in den Straßen, bröckelnde Fassaden an Rathäusern und Schulen.

Stattdessen sollen die Gemeinden Zuschläge auf die Einkommensteuer erheben. So werden auch wir zur Kasse gebeten. Außerdem: Die ärmsten Gemeinden müssten die höchsten Zuschläge erheben.

Regionale Unterschiede drohen, sich weiter zu vergrößern. Das im Grundgesetz verankerte Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse wird immer weniger erreicht.

Der Beitrag der Unternehmen an den kommunalen Steuereinnahmen läge nur noch bei 36 Prozent. Heute sind es noch 52 Prozent. Umgekehrt würde der Beitrag der Beschäftigten von knapp 50 Prozent auf 64 Prozent steigen.

Wer kann, wird aus den ärmeren Gemeinden fortziehen.

Unternehmen brauchen öffentliche Investitionen

Die Abschaffung der Gewerbesteuer würde das sogenannte

„Interessenband“ zwischen Kommune und Unternehmen kapfen. Das wäre so, als würde ein Automobilunternehmen seinen Reifenlieferanten nur dann bezahlen, wenn es selbst Gewinne erwirtschaftet.

Kein Unternehmen kann ohne Straßen, Wasserversorgung und Kanalisation produzieren.

Handwerker ohne Aufträge

Öffentliche Investitionen sind gleichzeitig Aufträge. Vor allem kleine und mittlere Betriebe, die regional operieren, sind durch fehlende öffentliche Aufträge bedroht. Der Anteil der Kommunen an den gesamten Investitionen der öffentlichen Hand liegt bei 60 Prozent. Unter der schwachen Investitionstätigkeit der Städte und Gemeinden leiden Konjunktur und Beschäftigung.

Für Kinderbetreuung, Jugendhilfe, Straßen, Kranken- und Altenpflege sowie Kultur brauchen die Gemeinden eine ausreichende Finanzierung. Nur so können sie die Infrastruktur für Unternehmen und eine lebenswerte Umwelt für alle gewährleisten.

ver.di fordert:

- **Die Gemeinden brauchen mindestens 20 Milliarden Euro zusätzliche Einnahmen, damit sie wieder investieren können.**
- **Die Gewerbesteuer muss gestärkt werden, damit Unternehmen wieder ihren Beitrag zur Finanzierung der Infrastruktur leisten.**
- **Die Wiedererhebung der Vermögensteuer und eine verbesserte Erbschaftsteuer sind unverzichtbar zur stabilen Finanzierung der Länder und Kommunen.**

**Mehr Infos: www.wipo.verdi.de
www.verdi.de/Gemeindefinanzen**

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V.
Ressort 2, Wirtschaftspolitik
Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin

Verantwortlich: Margret Mönig-Raane

Bearbeitung: Michael Schlecht (Bereichsleiter),
Ralf Kramer, Dr. Sabine Reiner,
Dr. Norbert Reuter, Anita Weber
und Birgit Ladwig, Ressort 1

Gestaltung: Hansen Kommunikation, Köln

Druck: apm AG, Darmstadt

W 2030-25-0204



ver.di

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**



Beitrittserklärung

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft e.V.

Beitritt online unter www.wipo.verdi.de
Fax 0 30/2 63 66 11 31

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft,
Bereich Wirtschaftspolitik, Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin

Ich möchte Mitglied werden ab:

regelmäßiger monatlicher Bruttoverdienst

Monat/Jahr

Euro _____

Persönliche Daten:

Name

Einzugsermächtigung:

Ich bevollmächtige die Gewerkschaft ver.di e.V., den jeweiligen satzungsgemäßen Beitrag bis auf Widerruf im Lastschriftinzugsverfahren

monatlich halbjährlich

vierteljährlich jährlich einzuziehen.

Vorname/Titel

Straße/Hausnummer

Name des Geldinstituts/Filiale (Ort)

PLZ

Wohnort

Bankleitzahl

Kontonummer

Telefonnummer

Name Kontoinhaber/in (bitte in Druckbuchstaben)

Geburtsdatum

Datum/Unterschrift Kontoinhaber/in

Staatsangehörigkeit

Monatsbeitrag

Euro _____

Geschlecht

weiblich

männlich

Arbeiter/in

Angestellte/r

Beamtin/er

Azubi

Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1% des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes. Für Rentner/innen, Pensionär/innen, Vorruheständler/innen, Krankengeldbezieher/innen und Erwerbslose beträgt der Monatsbeitrag 0,5% des regelmäßigen Bruttoeinkommens. Der Mindestbeitrag beträgt € 2,50 monatlich.

Datenschutz

Ich willige ein, dass meine persönlichen Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Mitgliedsverhältnisses und der Wahrnehmung gewerkschaftspolitischer Aufgaben elektronisch verarbeitet und genutzt werden. Ergänzend gelten die Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes in der jeweiligen Fassung.

Sonstige

Vollzeit

Teilzeit

_____ Stunden

Beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Datum/Unterschrift

Werber/in:

Wirtschaftszweig/Branche

Name, Vorname